
Kriegsende und Neubeginn in der „Provinz“ 1917–1919: Das Beispiel Schiltach

Andreas Morgenstern

Einführung

Gerade das 100. Jubiläumsjahr des Kriegsbeginns 2014 und das Gedenken an 100 Jahre deutsche Revolution von 1918 führten zu einem Schub frischer sozialgeschichtlicher Untersuchungen zu den damaligen Ereignissen, auch jenseits der Fronten. Rege wird geforscht und publiziert.¹ Doch während die Ereignisse in den größeren Städten im Mittelpunkt stehen, bleiben ländliche Regionen weitgehend außen vor.² Selbst die grundlegende Darstellung des revolutionären Geschehens im Land Baden 1918/19 von Markus Schmidgall³ blickt vor allem auf die städtischen Zentren, voran Mannheim und Karlsruhe, während der ländliche Raum lediglich am Rande Erwähnung findet. Es scheint so, als wäre in den kleineren Orten nichts Erzählenswertes passiert. Dabei lebten 1918 in Baden über 62 Prozent aller Menschen in Gemeinden unter 5000 Einwohner, in der „Provinz“.⁴ Der Blick soll daher auf eine dieser kleinen Gemeinden, das Industriestädtchen Schiltach, gelenkt werden – ein beispielhafter Blick auf die Ereignisse jenseits der politischen und ökonomischen Zentren.

Knapp 2000 Menschen lebten 1914 in Schiltach. Gelegen eingezwängt im engen Kinzigtal im mittleren Schwarzwald, hatte sich der traditionelle Flößer- und Gerberort in den zwanzig Jahren vor Kriegsausbruch weiterentwickelt. Viele Schiltacher verdienten inzwischen ihren Lebensunterhalt in den aufkeimenden Industrien. Besondere Bedeutung kam dabei den Textilunternehmen Korndörfer und Karlin sowie dem ebenfalls wachsenden Klempnerbetrieb von Hans Grohe zu. Begünstigt durch die protestantische Prägung Schiltachs fasste die Arbeiterbewegung in der Gemeinde bereits frühzeitig Fuß. Auch wenn das Gründungsdatum der örtlichen SPD nicht mehr eindeutig nachweisbar ist, agitierte die Partei bereits seit den 1890er Jahren. Vorfeldorganisationen wie ein Arbeiterradfahrverein traten über die Jahre hinzu. Bei der Reichstagswahl 1912 erhielt der sozialdemokratische Kandidat Sauer von 435 Wahlberechtigten bereits mit 210 die meisten abgegebenen Stimmen. Andererseits fällt auf, dass harte Konflikte zwischen den Gesellschaftsschichten abgemildert waren. Die Unterneh-

men mochten paternalistisch geführt werden, doch Vorsorgeleistungen und auch relativ gute Löhne schwächten die soziale Frage ein wenig ab. Viele Schiltacher waren in der Lebensmittelversorgung nicht allein auf den Handel angewiesen, sondern versorgten sich als Ackerbürger auch teilweise selbst. So wurden 1908 noch u. a. 110 Rinder, 140 Schweine, 113 Ziegen und 1148 Hühner gezählt.⁵

An der Spitze der Gemeinde stand Bürgermeister Ludwig Wolpert, ein bereits seit Jahrzehnten hier lebender Betreiber einer kleinen Druckerei, dem allgemein breite Zustimmung zukam. Im Gemeinderat war die SPD aufgrund des Ärmere benachteiligenden badischen Kommunalwahlrechts nicht vertreten. Bestimmende Honoratioren waren noch ganz klassisch der evangelische Pfarrer, die Fabrikanten, die Ärzte und Apotheker und die Lehrer [Abb. 1]. Das Bild einer scheinbaren Idylle hatte aber auch in Schiltach bereits 1917 nach drei Kriegsjahren starke Risse bekommen.

Lebensmittelversorgung

Die Auswirkung des Kriegs war in der Versorgung täglich spürbar. Auf den Lebensmittelkarten versprochene Nahrung war rar [Abb. 2]. Inzwischen gab es aus Mangel fast nur noch Ersatzmittel, die aber ebenfalls selten wurden. 1915 verbot Bürgermeister Wolpert vorausschauend die Schlachtung von Kälbern, ab November 1915 gab es in den Gastwirtschaften dienstags und freitags kein Fleisch mehr. Die Gegenwart war so trist, dass



Abb. 1: Schiltacher Honoratioren, 1917

ein badisches Kriegsbüchlein von 1916 die Vorkriegsversorgung als ungesunde Völlerei verurteilte. Die Verschleierung der Wirklichkeit ging noch weiter: 1917 war auch in Schiltach das öffentliche Ausstellen von Milchzentrifugen in Schaufenstern verboten. Die bessere Vergangenheit sollte mit solch einer ungelungenen Maßnahme offenbar vergessen gemacht werden.



Abb. 2: Lebensmittelkarte aus dem Ersten Weltkrieg

Die konkrete Ernährungssituation soll folgend ein Beispiel verdeutlichen, wobei schon der bis heute im Stadtarchiv erhalten gebliebene Umfang an Unterlagen die Schwierigkeiten der Versorgung, vor allem mit tierischen Lebensmitteln, offenbart.

Detailliert war festgelegt, was aus den hier zur Schlachtung freigegebenen Rindern wurde: Der Amtsbezirk Wolfach hatte im Zeitraum zwischen dem 16. Juli 1917 und dem 31. August 1917 insgesamt 243 Rinder für die Versorgung zu liefern. Davon waren 52 für die Versorgung der Zivilbevölkerung und 191 für die Armee vorgesehen [Abb. 3].⁶ Die Kleinstadt Schiltach war bei dieser Lieferpflicht außen vor, der Großteil der Lieferung entfiel auf die benachbarten Landgemeinden. Da ständige Ablieferungen Schwierigkeiten erzeugten, bildeten sich „Umtauschkurse“ heraus. Anstelle eines ausgewachsenen Rinds konnten 1917 daher ersatzweise auch drei Schweine oder zwölf Schafe oder sechs Kälber abgeliefert werden.

Viehlieferungen

für die Zeit von 1. Mai bis 31. Juli 1917.

Gemeinde	I. Woche		II. Woche		I. Woche		II. Woche		I. Woche		II. Woche	
	H	K	H	K	H	K	H	K	H	K	H	K
Bergzell	2	2	-	2	-	-	-	2	-	-	-	-
Bellensach	-	1	2	1	-	2	-	-	1	-	-	-
Einach	-	2	2	2	2	2	1	-	-	1	-	-
Fischerbach	-	3	2	2	1	2	-	2	-	1	-	-
Gutsach	2	2	4	3	2	2	1	-	-	3	-	-
Haslach	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Hausach	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Hefersenten	2	-	4	2	3	1	2	-	-	1	-	-
Kaltrapp	-	1	-	1	2	-	-	-	2	-	-	-
Kinzistal	2	1	3	2	1	3	2	-	1	2	-	-
Kirnsach	-	3	2	-	3	4	2	-	1	-	-	-
Kniebis	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lebensricht	-	2	3	-	1	3	-	2	-	2	-	-
Mühlensach	2	-	4	2	1	3	-	-	-	-	1	-
Oberwolfach	2	2	3	2	2	3	-	-	1	3	-	-
Rippeldau	-	-	2	-	-	3	-	-	-	-	1	-
Scharlach	2	2	4	1	2	4	-	-	1	2	-	-
Schenkenszell	-	2	-	-	1	-	-	-	1	-	-	-
Schiltach	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Schnellinszen	2	-	2	1	-	2	-	2	-	-	-	1
Steinsach	2	-	4	-	3	-	3	1	-	-	1	-
Sulzsach	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Walschenstein	2	-	3	1	-	4	-	3	-	-	1	-
Wolfach	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
	202046		20		2046		919		919		4 3 6 4 3 6	

H bedeutet Heereslieferungen, K Lieferungen für den eigenen Kommunalverband, P Lieferungen für den Kommunalverband Pforzheim-Saat

Für die Lieferungen an die Schlachtere sind die seitherigen Bestimmungen maßgebend.

Die I. und II. Woche sind jeweils abwechselnd 13 Wochen lang zu liefern.

Abb. 3: Verteilungsplan erzeugter Lebensmittel im Amtsbezirk Wolfach, 1917

Verteilt wurden die abgelieferten Tiere auf drei Abnehmer. Den größten Teil nahm die kriegführende Armee ein. Der zweite Teil ging an ein jeweils mit zu versorgendes Stadtgebiet. Für den Amtsbezirk Wolfach war das die Industriestadt Pforzheim. Der dritte Teil blieb hier. Dieser Teil wurde aber immer kleiner. Weihnachten 1916 standen für die Woche vom 25. Dezember bis 1. Januar 1917 jedem erwachsenen Schiltacher 300 Gramm tierische Fette, Wurst und Fleisch zur Verfügung, für Kinder war die Hälfte vorgesehen. Im April 1917 verringerte sich der Wert auf 250 Gramm für Erwachsene pro Woche, im September 1917 war der Tiefpunkt mit 110 Gramm pro Erwachsener erreicht. Beruhigend versprach die Gemeindeverwaltung: „Es ist dafür Sorge getragen, dass jede Familie ihre zugeteilte Fleischmenge erhält, der Andrang vor den Metzgereien kann daher unterbleiben.“⁷ Der einschränkende Lieferhinweis: Lieferung „wenn möglich“, war mehrfach zu lesen. Oftmals war wohl der angedeutete Andrang vor den Metzgereien doch zwingend, weil die Letzten in der Schlange nichts mehr erhielten. Manche Woche wurde in Verschärfung der Regelung von 1915 direkt zur „fleischlosen“ erklärt.

Das Versorgungssystem geriet nicht allein materiell, sondern jenseits des Versprechens „deutscher Gründlichkeit“ auch organisatorisch an seine Grenzen. So gaben nicht nur der Einzelhandel, sondern auch Betriebe Nahrung aus. 1917 verteilten Karlin oder auch die Sägerei Heinzelmann an die Schiltacher, nicht allein an die eigenen Mitarbeiter, in einem Fall 100 Gramm Fett. Das System funktionierte dabei nicht reibungslos. In diesem Fall wurde nicht allein mit Fettkarten, sondern auch mit Eierkarten abgerechnet.⁸ Leider lässt sich nicht mehr klären, ob hier ein Ausgleich für zustehende, aber nicht erhältliche Eier erfolgte.

Auch nach Kriegsende setzte sich der Mangel fort. Die illegale Schwarzschlachtung nahm spürbar zu – ein Zeichen für die geschwächte staatliche Durchsetzungskraft. So stand Schiltach 1919 vor dem völligen Zusammenbruch der Fleischversorgung. Die Verwaltung beklagte, dass die Gastwirtschaften besser versorgt würden als die Ortsbevölkerung. Von ersteren war legal und illegal ein höherer Preis zu erzielen. Nun kann natürlich eingewendet werden, dass Fleisch erst um die Jahrhundertwende als eine Art „Luxusgut“ oder „Statussymbol“ Einzug in auch zahlreiche ländliche Küchen fand,⁹ doch spiegelt die Fleischsituation nur in besonders drastischer Weise die Ernährungskrise insgesamt wider.

Erklären lässt sich die schlimme Situation durch die Schwäche der Landwirtschaft. Als die Jugend an die Kriegsfront geschickt wurde, herrschten Dünger- und Arbeitskräftemangel.



Abb. 4: Blick in die Ausstellung „1917...18...19! Revolutionäre Jahre im Schwarzwald“, 2017/18 im Museum am Markt, Schiltach

Als Reaktion waren Weihnachten 1914 russische Kriegsgefangene vom Lager Heuberg als Arbeitskräfte im Gespräch. Beworben wurde deren Einsatz massiv. So erhielt der Bürgermeister im Mai 1915 einen Aufruf vom Großherzoglichen Ökonomierat Huber: „Die Zahl der verfügbaren Kriegsgefangenen ist eine unbeschränkte, und weil durch die andauernden Einberufungen die männlichen Arbeitskräfte auf dem Lande allmählich erschreckend rar sind, bleibt uns keine andere Wahl, als von der angebotenen und – wie ich festgestellt habe – günstigen Gelegenheit Ersatz zu schaffen, in weitestem Umfang Gebrauch zu machen.“¹⁰ [Abb. 4] Doch während anderswo deren Zahl dann auch rasch wuchs – im Dezember 1916 beherbergte der Amtsbezirk Wolfach 336 Kriegsgefangene –, lehnte Schiltach solche Arbeiter ab.¹¹ Sorgen über die beklagten „zu vertrauten Verhältnisse“ mit den Kriegsgefangenen im Amtsbezirk oder über

deren zunehmende Fluchtversuche musste sich Schiltach nicht machen. Erst am 30. April 1917 kamen zwei Gefangene nach Schiltach, die aber die Gemeinde rasch wieder verließen.

Schiltach war und blieb eine auf Handwerk und Industrie spezialisierte Gemeinde. Damit blieb die große Mehrheit der Schiltacher jenseits ihrer kleinen Gärtchen auf die amtliche Versorgung angewiesen. Milch hatten Bergzell, Kaltbrunn, Lehengericht, Halbmeil und St. Roman zu liefern.¹² Allerdings sammelten sich Beschwerden über ein zu geringes Angebot bzw. mangelhafte Qualität.

Eine damals verbreitete Lösung, auch hier und von hier aus ausstrahlend ins Kinzigtal, war die „Volksküche“, geleitet von Maria Beeh. Durch eine große Mengen umfassende Einkaufspolitik sorgte sie für „ausreichende Kost“ bei gleichzeitigen „geldlichen Erleichterungen“, wie eine Belobigung versprach. Besonders hervorgehoben wurde der technische Fortschritt. Das vor Verderben schützende Dörren von Lebensmitteln sei in Schiltach möglich.¹³ Nachweisbar ist die „Volksküche“ ab November 1916, also mit dem Beginn des für die Ernährung extrem schwierigen Winters 1916/17. In Sommer und Herbst, der Erntezeit, war die Lage für die Bevölkerung offenbar besser.

Darauf deutet zumindest hin, dass die „Volksküche“ vom 1. August 1917 bis 1. Dezember 1917 pausierte. Mit Obst war die Region dagegen vergleichsweise gut versorgt. Dafür sorgte im August 1918 auch ein weitgehendes Verbot des Verkaufs an Auswärtige.¹⁴ Gemeinsam mit den „Volksküchen“ hat das 1918/19 sicher zu den vergleichsweise glimpflichen Auswirkungen des massenhaften Ausbruchs der „Spanischen Grippe“ in Schiltach beigetragen.

Kriegserlebnis und Kriegsfinanzierung

Vom eigentlichen Krieg mit all seinen Opfern, den Schützengräben, dem ohrenbetäubenden Lärm der Waffen, den Lazaretten, Tod und Verletzungen sah man hierzulande wenig. Neben den regelmäßigen Meldungen vom „Heldentod“ in den Zeitungen blieb das Leiden und Sterben merkwürdig fern. Selbst wenn man die Zeitungen aufschlug, schien eine ausgesprochene Distanz zwischen Kriegsgeschehen und Heimatgeschehen vermittelt zu werden.¹⁵

Das lange Funktionieren der Durchhaltepropaganda ist erstaunlich. Eine Vergleichsstudie aus Aachen und Osnabrück¹⁶ zum Umfeld der Kriegstoten verdeutlicht, dass über die ganze Zeit des Ersten Weltkriegs die Zahl der von Todesfällen betroffenen Familien stets nur eine Minderheit ausmachte. Erweitert man aber die Zahl der betroffenen Familienangehörigen vom engeren Kreis der Familie (Eltern, Partner, Kinder) auf einen „erweiterten Trauerkreis“ von je etwa 30 Personen, dann herrschte jedoch durchgehend ein Verlusterleben. Überträgt man diesen Befund nun auf das Land mit seinen noch engeren Verwandtschaftsverhältnissen, dann ist davon auszugehen, dass hier die Betroffenheit über Kriegsverluste spürbarer war als in den Städten – und das dauerhaft über die Zeit des Kriegs.

Die allgegenwärtige Durchhaltebotschaft wurde nicht zuletzt spielerisch vermittelt. Am 7. Oktober 1914 entstand in Schiltach eine „Jugendwehr“.¹⁷ Durch Förderung der „sittlichen, geistigen und körperlichen Kräfte“ sollte sie auf die „Anforderungen und Anstrengungen des Heeresdienstes“ vorbereiten, um so „junge Helden“ für die „in vielen Schlachten siegreiche Truppe“ zu erziehen.¹⁸ Schon vor dem Militärdienst wurden junge Schiltacher zu militärischem Gehorsam gedrängt. Dies geschah u. a. durch Kriegsstrategiespiele, wie bei der „Jugendwehrtagung“ 1915, als Wolfach und Schiltach gegeneinander antraten. Letztlich sollte die „Jugendwehr“ nicht nur die militärische Ausbildung verkürzen, sondern auch die Jugend zu einer besser formbaren Masse machen.

Zugleich verblutete an den Fronten die Jugend, auch aus Siltach. Dabei überrascht die Sterbestatistik der Jahre zumindest auf den ersten Blick. Die Angaben stammen aus den örtlichen Geburts- und Sterberegistern.

Jahr	Zahl der Todesfälle (durchschnittliches Todesalter)	Geburtenzahl	Verhältnis Geburten/ Todesfälle
1910	29 (39,8)	45	+ 16
1911	39 (41,1)	50	+ 11
1912	51 (19,9)	46	- 5
1913	50 (36,5)	52	+ 2
1914	34 (31,0)	56	+ 22
1915	49 (21,8)	38	- 11
1916	56 (28,4)	17	- 39
1917	60 (32,7)	25	- 35
1918	55 (25,3)	26	- 29
1919	34 (41,0)	38	+ 4

Einzuschränken ist bei den Zahlen, dass nur ein (überwiegender) Teil der fern der Heimat gestorbenen Soldaten erfasst ist. Auffällig stieg zwar in den Kriegsjahren die Zahl der Todesfälle an, wenn auch nicht so stark, wie vielleicht zu erwarten ist. Überraschend ist jedoch das Durchschnittsalter der Verstorbenen. Zwar liegen die Kriegsjahre 1914 bis 1918 deutlich unter dem Durchschnitt des Gesamtjahrzehnts, den Spitzenwert nimmt aber das Friedensjahr 1912 ein. In dem Jahr verstarb eine hohe Zahl Kleinkinder.¹⁹ Auch zeigt die Statistik entgegen der Erwartung keine gestiegene Sterblichkeit aufgrund der „Spanischen Grippe“ 1918/19 an.

Der Todesstatistik steht die Zahl geborener Kinder gegenüber. Hier fällt nun das starke Abfallen 1915 bis 1918 auf. Hervorzuheben ist aber der Wert 1919. Beinahe war die Zahl der Geburten der Vorkriegszeit wieder erreicht, obwohl die meisten Männer erst in den letzten Wochen 1918 bzw. Anfang 1919 heimkehrten. Die Menschen zeigten ausreichend Zukunftsoptimismus, um in diese Welt Kinder hineinzusetzen. Einschränkend ist natürlich anzufügen, dass Möglichkeiten wie Resonanz einer Geburtenkontrolle kaum vorhanden waren.

Jenseits der vielen traurigen Einzelschicksale litt die Gemeinde noch lange unter einem Verlust der Zukunft im Krieg. In den 1920er Jahren erreichte der Geburtenknick der Kriegsjahre die Schulen. Im Nachbarort Vorderlehengericht führte die

geringere Schülerzahl dabei zum Verlust der zweiten Lehrerstelle.

Der Krieg musste finanziert werden. Dafür gab es feste Vorgaben, die die Verwaltungen von oben nach unten weiterreichten. Der Blick auf die kommunale Ebene zeigt damit, wie die Kriegsanleihen gesammelt wurden. So teilte das Wolfacher Bezirksamt im Frühjahr 1917 allen Gemeinderäten die Gesamtsumme des vom Amtsbezirk in der 6. Kriegsanleihe aufzubringenden drei Millionen Mark mit. Für Schiltach blieben davon 300000 Mark, wobei die Kommune selbst 35000 Mark tragen sollte. Für den Rest waren die Einwohner gefordert. Als Stadt und Bürger bereits am 20. März 1917 193800 Mark beisammen hatten und nun darum baten, es bei dieser Summe zu belassen, erhielten sie vom Bezirksamt eine scharfe Abfuhr: Der Zielwert sei ohnehin nur „nieder bemessen“.²⁰ Einen möglichen Restbetrag sollte die Kommune übernehmen und dafür ggf. einen Kredit aufnehmen, obwohl die Stadt ohnehin schon den festen Eigenanteil über Kredit finanzierte. Letztlich brachte Schiltach das Geld aber mit einem finanziellen Kraftakt, zu dieser Zeit nur einer unter vielen, zusammen. Doch bereits im Oktober 1917 erforderte die dann 7. Kriegsanleihe von Schiltach neue 195000 Mark.²¹

Den herrschenden Spendendruck dokumentiert ein Aufruf zur „Goldankaufwoche“ im Januar 1918. Es sei, so Badens Innenministerium in der (internen) Behördenanweisung, „noch viel mehr Geld aus den Familien herauszuholen“.²² Dem war offenbar nicht so, gerade weil hier der Zwangscharakter geringer ausgeprägt war. Die Woche erbrachte in Schiltach lediglich knapp 50 Mark. Das patriotische Gefühl der Menschen war verflogen. Doch selbst die letzte Kriegsanleihe, die bis in den Frieden bringenden November 1918 hinein reichte, forderte noch einmal von Schiltach 350000 Mark, ein Betrag, der, so wieder die Vorgabe, „ohne große Schwierigkeiten“ aufzubringen sei.²³

Neben den finanziellen Druck trat die Verhinderung unabhängiger Berichterstattung. So liegen noch heute im Stadtarchiv umfangreiche Listen verbotener Publikationen aus der Kriegszeit. Die Stadtverwaltung mit ihrer Gemeindepolizei hatte deren Verbreitung zu verhindern. Zumeist stammten die Schriften von Kriegsgegnern und Linken. Verboten waren aber auch Enthüllungen zum Völkermord an den Armeniern durch den Alliierten Türkei. Allgemein zugängliche Informationen beschränkten sich auf Erfolgsmeldungen. Diese Informationsbeschränkung beförderte auch ein Informationsdefizit der Bevölkerung.

Andererseits ist zu fragen, ob in diesem Umfeld die wenigen Warnungen überhaupt als solche erkannt werden konnten. Kurz vor Kriegsende erwähnte der „Schwarzwälder Bote“ am 6. November 1918 durchaus die Forderung des für seine angebliche Kompromisshaltung in Deutschland hoch geschätzten US-Präsidenten Woodrow Wilson, die „besetzten Gebiete [müssten] wiederhergestellt“ werden. Die Begründung für die späteren Reparationen Deutschlands im Frieden war schon gegeben, als solche verstanden wurde sie nicht. Bürgermeister Wolpert kommentierte 1919 das Exemplar des Versailler Friedensvertrags der Gemeindeverwaltung dann auch barsch: „Deutschlands größte Schmach! Wilson der größte Betrüger an Deutschland!“ [Abb. 5]

Unterhalb der großen nationalen Zukunftsfragen drückten auf der lokalen Ebene aber zunächst einmal praktische Probleme. Verwaltung, alter und neuer Gemeinderat sowie der 1918 gegründete Volksrat standen teilweise bereits vor Kriegsende vor akuten Herausforderungen. Bereits im Juni 1918 war das Geld alle. Die Hintergründe verdeutlicht ein Schreiben des Bezirksamts an den Lehengerichter Bürgermeister vom 13. August 1917: „Das Interesse des Reichs fordert, dass alle baren Zahlungsmittel soweit irgend möglich den Reichskassen zugeführt werden, und statt dessen der bargeldlose Zahlungsverkehr benutzt wird.“ Im Oktober 1917 hatte Lehengericht ein Konto beim Postamt Schiltach.²⁴ Was lediglich nach überbordendem Patriotismus klingt, ermöglichte dem Staat den kompletten Zugriff auf alle Geldmittel. Im Ergebnis war die Stadt Schiltach trotz der Kriegsanleihen nicht bankrott, doch gab es schlicht keine Münzen mehr – die waren eingeschmolzen.

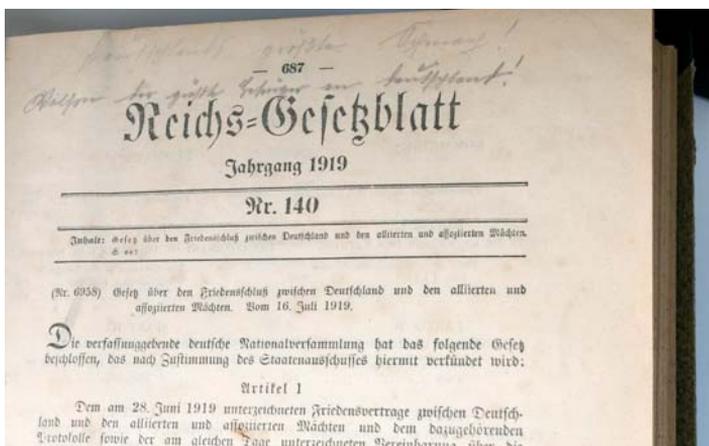


Abb. 5: Kommentar
Bürgermeister
Wolperths
zum Versailler
Friedensvertrag, 1919

Schiltach druckte daher noch im Krieg 50-Pfennig-Notgeld auf Papier [Abb. 6].²⁵ Notstand überall.

Der Umbruch 1918

Im November 1918 war der Traum vom deutschen Sieg ausge­träumt. Nach all den Meldungen gewonnener Schlachten war der Absturz tief. Noch bis in die letzten Kriegstage hinein hatte es öffentlich geheiß­en, man dürfe nur nicht die Nerven verlieren, dann werde es auch einen ehrenvollen Frieden geben. Alle Lasten, der Hunger, die Toten, der wirtschaftliche und morali­sche Niedergang erschienen umsonst. Die Schuld für diesen scheinbaren Verrat musste bei den Revolutionären und den neuen revolutionären Regierungen im Reich und in Karlsruhe²⁶ liegen. Folglich stand alles, was nach der Revolution geschah, im übermächtigen Schatten dieser empfundenen Schuld.

Einen „revolutionären Moment“ gab es jedoch in Schiltach nicht. Stattdessen erscheint die Zeit des Umbruchs wie ein bei­nahe endloses Klein-Klein. Das lag daran, dass die Region kein handelnder Akteur auf der Revolutionslandkarte war. Der be­freiende Moment, das Gefühl, an einer großen Erneuerung teilgehabt zu haben, fiel für die Menschen in der „Provinz“ fort.

In der badischen Übergangsregierung war diese „Provinz“ nicht vertreten. Akzeptanz für eine neue Regierung, bestehend aus Städtern und hervorgegangen aus Demonstrationen in den Städten, musste so auch auf dem Land gewonnen werden. In der Lokalzeitung „Der Kinzigtäler“ war über eine den gesamten Amtsbezirk umfassende Veranstaltung am 25. November 1918



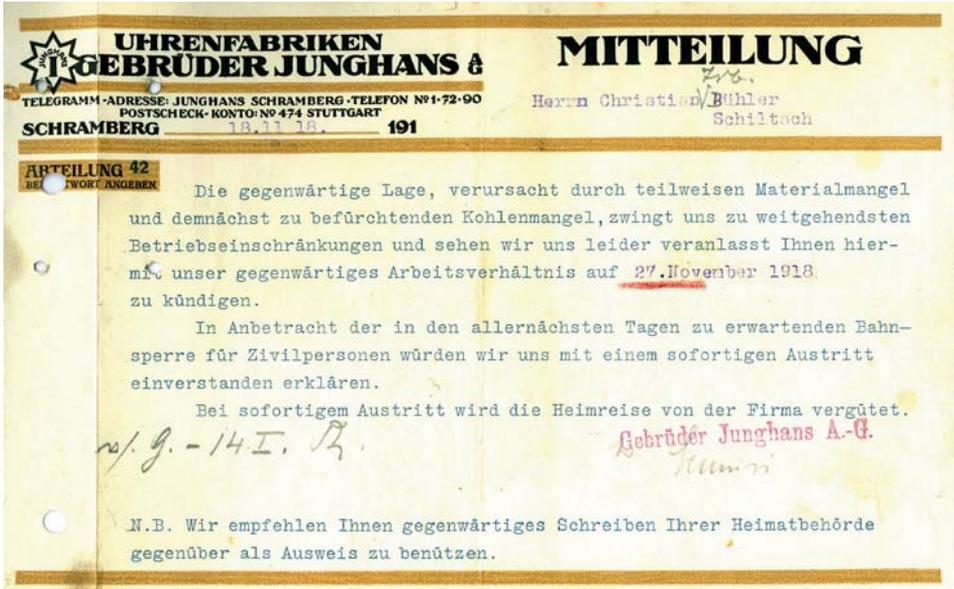
Abb. 6: Schiltacher Notgeld, 1918

in Hausach zu lesen: Die „Mehrheit des Volkes [sei] keineswegs geneigt, anstelle der alten Militärdiktatur eine solche von Seiten der äußersten Linken einzutauschen“. Neben der harschen Kritik an der Kriegsregierung, die aber auffällig mehr auf die Militärs – meist Preußen – als auf die Fürsten einging, fällt die praktische Gleichsetzung der neuen mit der alten Regierung auf.

Das Kriegsende bedeutete für manchen Schiltacher plötzlich Arbeitslosigkeit. Wie überraschend das war, zeigt ein Rückblick auf die vorherigen Jahre auf: Vor Kriegsausbruch herrschte weitgehend Vollbeschäftigung. Doch 1914 brachen die Absatzmärkte weg. Karlin baute kurzfristig von 150 auf 50 Mitarbeiter ab.²⁷ Kurz darauf wurden alle Mittel auf die Kriegsführung angestrengt. Ende November 1914 herrschte bereits Vollbeschäftigung. Selbst Nachtarbeit und erstmals in großem Rahmen auch Frauenarbeit wurden zur Regel. Im Februar 1917 herrschte bei Hans Grohe sogar Nachtarbeit für Frauen. Auch bei den Textilfirmen Korndörfer und Karlin sammelten sich die Überstunden. Als im Juli 1917 Arbeitsverpflichtungen drohten, erklärte Bürgermeister Wolpert, in Schiltach gäbe es keine arbeitslosen Frauen.

Der Arbeitsalltag war hart, auch die Klassifizierungen deuten dies an. So war mit Oskar Bühler am 27. Juni 1918 ein gerade 14 Jahre alter Junge in einer Liste von Schwerarbeitern als „Munitions-Arbeiter“ verzeichnet.²⁸ Das soll aber nicht über die militärische Bedeutung täuschen. Derlei Begriffe bezeugen vielmehr, dass die gesamte Wirtschaft mit dem „Hindenburg-Programm“ auf den Krieg fokussiert war. Darüber hinaus betonte die Bezeichnung den Wert einer Arbeitskraft, sodass eine Einberufung in die kämpfende Truppe weniger wahrscheinlich wurde.

Mit Kriegsende 1918 schlug das Pendel nach der starken Arbeitsbelastung wieder ins Gegenteil um. Typisch gestaltete sich das Schicksal Christian Bühlers. Ihm wurde am 15. November 1918 bei Junghans in Schramberg gekündigt. Als Grund führte der Uhrenhersteller Material- und Kohlenmangel an. Es ist fraglich, ob die Rohstoffe direkt nach Kriegsende und mitten in der Revolution endeten – eher brachen wie schon 1914 die Absatzmärkte erneut zusammen. Wahrscheinlich bereitete man sich auch auf die Rückkehr der alteingesessenen Mitarbeiter von den Fronten vor. Bühler wurde allein angeboten, wenn er direkt und nicht erst zum offiziellen Kündigungstermin 27. November das Unternehmen verlasse, dann zahle ihm Junghans noch die Heimfahrt²⁹ [Abb. 7]. Dieses „Angebot“ verband man mit dem Hinweis, in nächster Zeit drohten Bahn-



sperrten. Schon am 12. Dezember vermeldete Schiltach elf Arbeitslose, während gerade einmal vier Wochen zuvor noch Arbeitskräftemangel geherrscht hatte. Gleichzeitig beklagten da Karlin, Korndörfer und Co. wie bereits Junghans regelmäßige Arbeitsausfälle wegen Rohstoffmangels.³⁰

Jetzt forderte das Bezirksamt die Verwaltung zu öffentlich geförderten Notstandsarbeiten auf. Geld und auch Arbeitsmaterialien waren aber nicht vorhanden. Stattdessen wuchs die auszuzahlende Arbeitslosenunterstützung. Betrug sie im November 1918 noch 46,99 Mark, erreichte sie im April 1919 mit 1446,93 Mark ihren vorläufigen Höhepunkt.

Um die Belange der Arbeitssuchenden kümmerte sich ab dem 22. November 1918 ein Erwerbslosenfürsorgeausschuss – ein Zeichen stärkerer Mitbestimmung der Arbeiterschaft in der Republik. Dem Ausschuss gehörten vier Vertreter der Arbeiterschaft (Jakob Esslinger, Georg Faißt, Wilhelm Bühler, Johannes Schneider) und vier Vertreter der Firmen Heinzelmann, Karlin, Korndörfer und Hans Grohe an. Dazu kam der bürgerliche Bürgermeister Wolpert als Vorsitzender – mitten in der Revolution entstand ein Gremium, in dem die Bürgerlichen gegenüber der gerade an die politische Macht in Berlin und Karlsruhe getretene Arbeiterschaft die Mehrheit besaßen. Eine paritätische Zusammensetzung sicherte im Endeffekt durch die Stimme des Bürgermeisters den bisherigen Eliten große Entscheidungsgewalt. Dieser Schiltacher Erwerbslosenfürsorgeausschuss hatte

Abb. 7: Entlassung
Christian Bühlers,
1918

über Unterstützungsleistungen zu entscheiden. Verschiedene Anträge lehnte er dabei auch ab.³¹

Verwaltung und Volksrat in revolutionärer Zeit

An der Spitze der Stadt blieb Bürgermeister Ludwig Wolpert. Seine Amtszeit von 1911 bis 1929 zeigt bereits an, dass er in Kaiserreich, Revolution und Republik Popularität behauptete, wozu gerade sein Sinn für praktische Lösungen beitrug [Abb. 8]. Daneben gab es einen Gemeinderat. 1916 musste der Rat neu besetzt werden, da drei Gemeinderäte an den Fronten dienten. Neuberufungen folgten zu diesem Zeitpunkt ohne Nachwahl. Die verbleibenden Räte nahmen diese entsprechend der Verwaltungsregeln selbst vor. Bei diesem Procedere überrascht es nicht, dass auch die neuen Räte Wöhrle, Faißt und Bäckermeister Wagner nicht der Arbeiterschaft angehörten.

Mit Kriegsende prägte den Gemeinderat die Umgestaltung einer Kriegs- zu einer Friedensgesellschaft. Erste Maßnahme am 13. November 1918, zwei Tage nach Waffenstillstand: Eine Einquartierungskommission wurde mit Blick auf die bald heimkehrenden Soldaten gebildet. Besonders wichtig war dies, da Baden als westliches Grenzland vom Durchmarsch der heimkehrenden Soldaten besonders betroffen war. Zahlreiche Züge auf der den Schwarzwald in west-östlicher Richtung querenden Kinzigtalbahn wurden in der Region begrüßt. Schließlich plante der Gemeinderat eine Begrüßungsfeier für die „gemeindeeigenen Krieger“ am 26. Dezember im Gasthaus Rößle.³² Dabei durfte nach einem Festzug vom Rathaus zur Kirche und einer Feier in der evangelischen Kirche jeder Heimkehrer eine Person zur Feier mitbringen und erhielt fünf Mark als Anerkennung. Das Freibier spendierte der Militärverein, das Rote Kreuz kündigte für jeden Mann ein „Heimkehrergeschenk“ an. Der



Abb. 8: Bürgermeister Ludwig Wolpert in den 1920er Jahren.

Heimkehr der Söhne Schiltachs sollte trotz grassierender Armut ein feierlicher Rahmen verliehen werden.

Die zahlenstarke SPD-nahe Arbeiterschaft war im Gemeinderat bis 1918 nicht vertreten. Badens Städte- und Gemeindeordnung im Kaiserreich hatte für seine Wahlen festgesetzt, dass der ärmere Teil der Bevölkerung nur ein Drittel der Stimmen hatte, ebenso viel wie das oberste Sechstel der Steuerzahler.³³ Im Dezember 1918 änderte sich dieser Missstand, allerdings in einer nur für eine revolutionäre Übergangsphase demokratiethoretisch akzeptablen Form. Die Regierung in Karlsruhe gab vor, die aus dem Boden sprießenden Volksräte dürften als Vertreter des einfachen Volkes zwei zusätzliche Gemeinderats-Mandate beanspruchen, sollte die Arbeiterschaft noch nicht im Gemeinderat vertreten sein. Der Schiltacher Arbeiter- und Volksrat nominierte daraufhin Wilhelm Probst und Christian Wolber [Abb. 9].³⁴ Die Bildung des Rats zeugt aber nicht

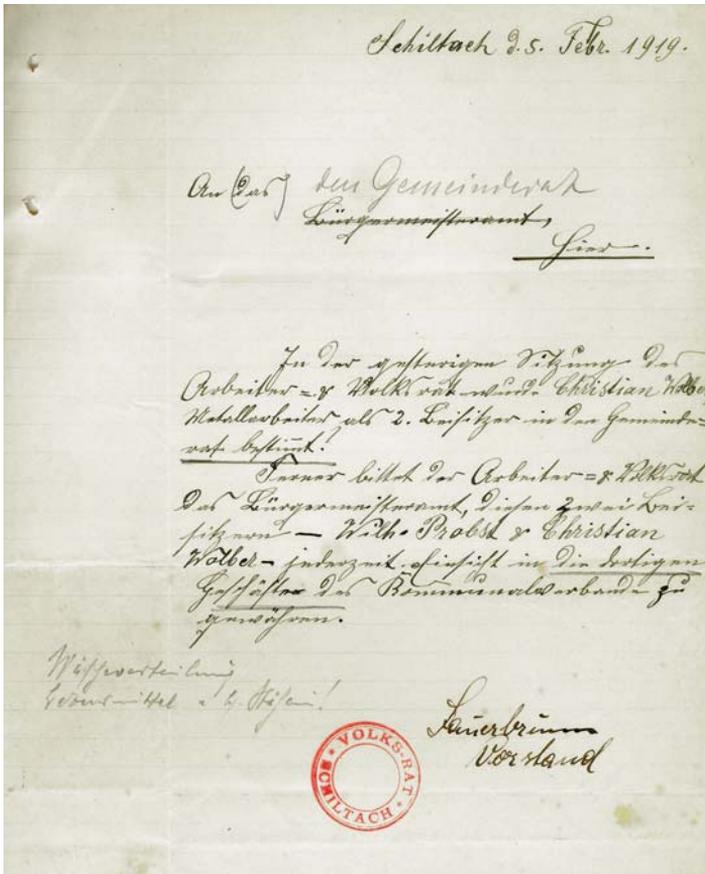


Abb. 9: Ernennung eines zweiten Gemeinderats durch den Volksrat, 1919



Abb. 10: Einziger bekannter Stempelabdruck des Schiltacher Arbeiter- und Soldatenrats vor seiner Umbenennung in Volksrat, 1918

von einer revolutionären Stimmung. Im Gegenteil, der Volksrat formulierte in seinem Nominierungsschreiben unterwürfig: „Ferner bittet der Arbeiter- und Volksrat das Bürgermeisteramt, diesen zwei Beisitzern (...) jederzeit Einsicht in die dortigen Geschäfte (...) zu gewähren.“³⁵ Nicht nur wurden Gemeinderäte lediglich als Beisitzer bezeichnet, der Volksrat beschränkte sich auf die Bitte der Information durch die bisherige und auch weiterhin amtierende Verwaltung.

Der Volksrat, bzw. zunächst Arbeiter- und Volksrat, war in alle Planungen involviert. An seiner Spitze stand im November 1918 der Familienvater Heinrich Georg Sauerbrunn, ein Weber und Werkmeister – nicht gerade das, was man sich gemeinhin unter einem Revoluzzer aus der Arbeiterschaft vorstellt. Weitere Mitglieder waren 1919 Wilhelm Probst, H. Mehnert, Abraham Aberle, Friedrich Höhn, Johannes Schneider, Georg Faißt, Conrad Wolber, A. Wolber, Mathias Schmieder, Ludwig Fuchs und Johannes Hayd. Sie alle übernahmen wertvolle Aufgaben in der Gestaltung des Übergangs zur Demokratie auf Gemeindeebene [Abb. 10]. Die Räte waren ein Instrument des Übergangs, denen mehr an der gerechteren Verteilung der Besitzverhältnisse als an dauerhafter politischer Macht lag.

Kurzfristiges Handeln prägte anstelle langfristiger revolutionärer Planungen ihr Wirken.³⁶ Die wichtigste Aufgabe des Volksrats war 1919 die Unterstützung bei Lebensmittelkontrolle und -verteilung. Daneben schützten die Volksräte und Volkswehrmitglieder Ruhe und Ordnung vor Ort, oder, um Bürgermeister Wolpert mit Blick auf die tatsächlich umgreifenden Gewaltbefürchtungen³⁷ zu zitieren, traten „Banden“ entgegen.³⁸ Tatsächlich tauchten auch zahlreiche Waffen auf, vor allem aber ganz offiziell. So konnte die Volkswehr am 6. Dezember 1918 40 „bestellte“ Gewehre und ein Maschinengewehr am Bahnhof abholen. Im gesamten Amtsbezirk Wolfach wurden 670 Gewehre verteilt.³⁹ Die Volkswehren unterstanden der Gemeindepolizei.⁴⁰ In den Wochen zwischen dem 15. November und dem 6. Dezember 1918 hatte die Feuerwehr die Aufgabe einer „geregelten Nachtwache“ übertragen bekommen. Im Januar 1919 waren die Waffen zurückzugeben. Probleme und Auseinandersetzungen sind nicht überliefert.

Die Aufzeichnungen über die dauernde Mitwirkung bei der Lebensmittelverteilung verdeutlichen die Existenzdauer des Schiltacher Volksrats. Die letzte Abrechnung datiert auf den 6. September 1919. Somit arbeitete der Volksrat hier länger als in vielen anderen Orten Badens.⁴¹ Danach hatte die alte Verwaltung mit einem neu gewählten Gemeinderat wieder das alleinige Sagen.

Die Revolution mit ihrem großen Versprechen, in einer neuen Demokratie alte Entscheidungsträger auszutauschen, erfüllte sich in verschiedenen Wahlämtern. Die Schiltacher, erstmals auch die Frauen, sollten 1919 reichlich Gelegenheit zur Abstimmung haben. Am 5. Januar fanden in Baden die ersten Landtagswahlen statt. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 80 Prozent. Stimmenstärkste Partei wurde in Schiltach die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), dahinter folgte die SPD.⁴² Die Wahl zur deutschlandweiten Nationalversammlung am 19. Januar zeigte in Schiltach eine Wahlbeteiligung von etwa 90 Prozent. Mit 411 Stimmen erhielt die SPD etwa 43 Prozent und damit diesmal die meisten Stimmen.⁴³ Die republikweit führende Allianz aus SPD, Deutschen Demokraten und Zentrum dominierte auch in Schiltach.

Eines fällt bei dem Resultat dieser deutschlandweiten Wahl aber auf: Ländliche Regionen entsendeten kaum Abgeordnete in die Nationalversammlung. Hier machten Kinzigtal und Schwarzwald keine Ausnahme. Alle Parteien stellten nur landesweite Listen auf. Wer gerade bei der kurzen Vorbereitungszeit von kaum zehn Wochen zwischen dem Sturz des Kaisers bis zur Wahl die besten persönlichen Kontakte hatte und diese dann noch täglich pflegen konnte, der hatte die größten Wahlchancen. Im Kampf um einen guten Listenplatz waren da die Menschen vom Land im Nachteil. Es bleibt zu fragen, ob diese fehlende Beteiligung zur bald einsetzenden Gleichgültigkeit gegenüber Parlamentarismus und Demokratie beitrug.

Auch in den badischen Landtag entsendete der Amtsbezirk Wolfach allein den Amtsrichter Straub aus Wolfach. Nach der Unterrepräsentation in der Revolutionsregierung setzte sich dieses Ungleichgewicht nun fort. Dabei ist aber zu ergänzen, dass im Karlsruher Parlament andere ländliche Regionen durchaus gut vertreten waren.

Die wichtigste Aufgabe des neuen Landtags war die Verabschiedung der Verfassung, welche die neue republikanische Ordnung gegen konterrevolutionäre Bestrebungen von der rechten Seite, vor allem aber gegen die vorgeblich drohende Gefahr von linksaußen absichern sollte. Gearbeitet wurde rasch, sodass die Badener schon im April 1919 in einer Volksabstimmung über den Entwurf abstimmten. Dabei nahmen 475 Schiltacher die Verfassung an, nur zwei stimmten dagegen. Die große Mehrheit findet sich in ganz Baden. In Schiltach blieb jetzt aber schon die Hälfte der Wahlberechtigten daheim, votierte somit nicht für die freiheitliche Verfassung. In die allgemeine Zustimmung mischte sich eine unübersehbare Trägheit.

Am 15. Juni 1919 wurde erstmals ein Gemeinderat gleichberechtigt und sowohl von Männern als auch Frauen gewählt. 777 der 1066 Berechtigten – ca. 75 Prozent – gaben ihre Stimme ab. Der „Bürgerliche Wahlvorschlag“ und die SPD gewannen je vier Mandate – ein Unentschieden. Vielleicht ganz passend für eine Zeit, in der die weitere Entwicklung zwischen Bewahrung der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung und umfassender Sozialisierung nicht klar war. Im Unterschied zu den unentschiedenen Mehrheitsverhältnissen fällt dann aber doch auf, dass nach der Wahl der Gemeinderat mit Ausnahme von Wilhelm Wolber und Georg Aurely nur aus Neugewählten bestand. Dazu trat dann Bürgermeister Wolpert, der erst 1920 zur Wiederwahl stand.

In der Nachbarschaft war die Kontinuität aber noch weit ausgeprägter. In Lehengericht fiel die Gemeinderatswahl aus. Hier gab es nur sechs Kandidaten für ebenso viele Mandate – die Wahl wurde kurzerhand abgesagt. „Gewählt“ waren vier Landwirte, ein Gastwirt und ein Säger [Abb. 11].⁴⁴ Weitere Lehengerichter waren offenbar nicht zur persönlichen Übernahme politischer Verantwortung bereit. Der Bürgermeister blieb auch hier im Amt. Für die Landgemeinde Lehengericht überwog noch stärker als für Schiltach das Element der Kontinuität gegenüber den Veränderungen in der revolutionären Zeit.

Sichtbar wird der Erhalt vorrevolutionärer Strukturen auch auf der ökonomischen Ebene. Mancher Händler profitierte von der Abrüstung der Armee nach Kriegsende. Nichtmilitärisches Gut kam in den Handel – wovon u. a. die Geschäfte Stählin, Bühler, Wöhrle oder Homberg durch günstige Ankaufspreise profitierten.⁴⁵ Das Geschäft dürfte einträglich gewesen sein. Mit Sicherheit waren Fahrradreifen ein Verkaufsrenner – im Krieg waren die unter Strafe von Geldbuße oder gar Gefängnis bis Februar 1918 eingezogen worden,⁴⁶ nun tauchten sie in den Läden wieder auf. Von solchen Geschäften profitierten allein die Händler, nicht aber die produzierenden Arbeiter und Angestellten.

Der allumfassende Mangel und entsprechende Bedarf der abhängig Beschäftigten, aber auch die in vielen Bereichen existierende staatliche Kontrolle des Handels hatten zwei Folgen: Einerseits minimierten sie die Risiken des Einzelhandels, andererseits ergaben sich wirtschaftliche Chancen, die den Arbeitern und Angestellten nicht offen standen. Für die blieb aber zumindest die stärkere rechtliche Abstützung der Gewerkschaften oder der jetzt festgelegte Acht-Stunden-Tag, der jedoch nicht für die in der Landwirtschaft beschäftigten Schiltacher galt.



Abb. 11: Nach dem Schellen der Glocke wurden die Veränderungen der Revolution verkündet

Ende 1919 bzw. Anfang 1920 kamen über die Durchgangslager Gießen und Offenburg die letzten Schiltacher Kriegsgefangenen heim. Die Geburtenzahlen stiegen wieder. Die Kriegsfolgen beschäftigten die Schiltacher aber noch lang. Stellvertretend für viele Schicksale sei der Kriegsbeschädigte Christian Bühler erwähnt. Anfang 1920 wurde er aus dem Reservelazarett Ettlingen entlassen, sein kompletter rechter Arm war amputiert. Eine Rückkehr an seinen Arbeitsplatz bei Karlin war ausgeschlossen. Bürgermeister Wolpert setzte sich dennoch für eine neue Beschäftigung bei dem Tuchhersteller ein. Die neue Arbeit muss sich aber als zu schwer erwiesen haben, weshalb Bühler 1921 eine Anstellung als Schrankenwärter suchte. Die Konkurrenz für solche körperlich nicht ganz so anstrengenden Aufgaben war bei dem verbreiteten Leid groß. Geregelt und vor allem erfüllende Arbeit bekamen solche Opfer des Kriegs kaum noch.

Bilanz

Die angeblich „gute, alte Zeit“ bis 1914 strahlte nach dem verlorenen Krieg im Rückblick heller, als sie tatsächlich je gewesen ist. So mochte das Ende der Monarchie in Schiltach weniger mit Konflikten verbunden gewesen sein als anderswo,⁴⁷ die Fundamente der Demokratie gestalteten sich hier ähnlich brüchig. Selbst wenn es die in den Aufzeichnungen nirgendwo belegbare Euphorie des Neubeginns gegeben haben sollte, wich sie rasch einer Ernüchterung. Der Pragmatismus aller Beteiligten bei der Lösung drängender Probleme kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass jenseits dieser konkreten Fragen eine grundlegende Erneuerung nicht gefragt war. Der Schwarzwald war eben weder ein Gestaltungsort der Revolution aus sich selbst heraus, noch erfuhr dieser Gedanke aus den Zentren der

Umgestaltung heraus jenseits verwaltungsrechtlicher Vorgaben, wie der Einbeziehung des Volksrats in den Gemeinderat, besondere Beförderung. Gleichgültigkeit bis hin zur Ablehnung konnte bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung gedeihen. Diese Gleichgültigkeit, und mit ihr verbunden der Rückzug ins Private, war aber nach Jahren der Entbehrung im Krieg, aber auch durch die täglichen Nöte im Lebensalltag eines tatsächlich im Vergleich zur Zeit vor 1914 (als ernannte und nicht gewählte kaiserliche Regierungen das Reich gelenkt hatten) vielfach verarmten Landes auch verständlich. Im Nachbarort Lehengericht erhielt die NS-Tarnliste „Völkisch-Sozialer Block“ dann bereits bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 die meisten Stimmen. Davor und bis 1929 hatte die extreme Rechte keinen Rückhalt, doch für Protest waren die (protestantischen) Schwarzwälder und mit ihnen auch die Schiltacher durchaus zu gewinnen.

Andererseits sind die grundlegenden Veränderungen des politischen und gesellschaftlichen Systems 1918/19 nicht von der Hand zu weisen. Breite Bevölkerungsschichten bekamen weitreichende politische Mitbestimmungsrechte, in der Industrie einen geregelten Acht-Stunden-Arbeitstag und einen alles in allem relativ glatten Übergang in eine Friedenswirtschaft. Bezeichnenderweise blieb die Arbeitszeitverkürzung für die Landarbeiter unerfüllt. Der ländliche Raum war in den neuen gewählten Regierungen unterrepräsentiert.

Weitergehende Revolutionsschritte bis hin zu tieferen Eingriffen in die Vermögensverhältnisse wollte die Bevölkerung weder hier noch auswärts. Dass dann die alten Eliten in vielen Bereichen ihren Vorsprung in Vermögen und Einfluss einsetzten, um an den Schalthebeln der Macht zu verbleiben, das wäre nur bei einer entschiedenen Fortführung der Revolution zu verhindern gewesen. Gerade die Menschen in der „Provinz“ waren dafür aber nicht zu begeistern. Mäßigung bezeichnet die Zeit – und das, obwohl hier Wandel im Zeitraffertempo vollzogen wurde. Im Prinzip ist es schon eine große Leistung, Wandel und Mäßigung in Einklang gebracht zu haben. Die Republik musste nicht scheitern, aber die Zahl ihrer aktiven Unterstützer war hier wie anderswo gering.

Rechtenachweis

Rechte an allen Bildern bei der Stadt Schiltach.

Anmerkungen

- 1 Dabei kann bis heute die genaue Zahl der Toten des Ersten Weltkriegs nur geschätzt werden. Vgl. Krumeich, Gerd: Vorwort zur Wiederveröffentlichung 2004. In: Ernst Friedrich: Krieg dem Kriege, München 2004, S. VII.
- 2 Ein Beispiel für einen ersten Blick auf das Land in der badischen „Provinz“ bieten Geike, Juliane/ Haumann, Heiko (Hrsg.): Das Dorf im Ersten Weltkrieg. Beispiele aus Süd- und Mittelbaden, Karlsruhe 2016.
- 3 Schmidgall, Markus: Die Revolution von 1918/19 in Baden, Karlsruhe 2012.
- 4 Vgl. Brandt, Peter/Rürup, Reinhard (Bearb.): Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19, Düsseldorf 1980, S. 21.
- 5 Vgl. Harter, Hans: Daten-Ereignisse-Episoden-Bericht. In: Stadt Schiltach (Hrsg.): Lehengericht, Band 1: Aus der Geschichte, Hausach 2017, S. 113.
- 6 Stadtarchiv (StA) Schiltach, AS-1849.
- 7 Ebd.
- 8 StA Schiltach, AS-1835.
- 9 Vgl. Lesniczak, Peter: Ländliche Kost und städtische Küche. Die Verbürgerlichung der Ernährungsgewohnheiten zwischen 1880 und 1930. In: Der Bürger im Staat 52, 2002, Heft 4, S. 193 f.
- 10 StA Schiltach, AS-1851.
- 11 Ebd.
- 12 StA Schiltach, AS-1873.
- 13 StA Schiltach, AS-1832a.
- 14 StA Schiltach, AS-1871.
- 15 Vgl. Harter, Hans: „O Deutschland vergiß nie Deine toten Helden!“ Kriegserfahrung und Kriegsverarbeitung in Schiltach 1914–1925. In: Die Ortenau 94, 2014, insb. S. 321–333.
- 16 Vgl. Rass, Christoph/Bondzio, Sebastian/Lohmeier, Jens: Der Fingerabdruck des Krieges. Stadtgesellschaft und „Massensterben“ im Ersten Weltkrieg. In: Thomas Schleper (Hrsg.): Aggression und Avantgarde. Zum Vorabend des Ersten Weltkrieges, Essen 2014, S. 381.
- 17 Anderswo in Deutschland diente die „Jugendwehr“ bereits seit den 1890er Jahren der vormilitärischen Ausbildung, Baden zog erst im Krieg nach. Vgl. einführend: Schubert-Weller, Christoph: „Kein schönerer Tod ...“. Die Militarisierung der männlichen Jugend und ihr Einsatz im Ersten Weltkrieg 1890–1918, Weinheim 1998.
- 18 StA Schiltach, AS-1833b.
- 19 Unauffällige reichsweite Vergleichszahlen in: Pescatore, Max: Pflege und Ernährung des Säuglings, 7. Aufl., Berlin 1920.
- 20 StA Schiltach, AS-1841.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.
- 24 StA Schiltach, AL-343.
- 25 Vgl. Morgenstern, Andreas: Inflation und Notgeld in Schiltach 1914–1923. In: Die Ortenau 95, 2015, 469–488.
- 26 Die Führung der Geschicke Badens hatte im November 1918 eine Übergangsregierung unter Leitung des Sozialdemokraten Anton Geiß übernommen. Im Unterschied zu reinen Arbeiterregierungen, die bspw. das Gesamtreich regierten, bildete sich hier eine bis weit in die politische Mitte hineinreichende Allianz, der neben der SPD auch Mitglieder der linken Abspaltung USPD, der katholischen Zentrumsparterie, der liberalen Freisinnigen bzw. Demokratischen Partei und sogar der Nationalliberalen Partei angehörten. Hier fällt auf, wie stark der revolutionäre Wandel abgefedert wurde. Während vor dem Krieg in Baden die SPD schon in Teilen mitbestimmen durfte, so durften jetzt eben andersherum die Bürgerlichen weiter mitbestimmen.
- 27 StA Schiltach, AS-1829.
- 28 StA Schiltach, AS-1858.
- 29 StA Schiltach, AS-2357.
- 30 Ebd.

- 31 Ebd.
- 32 Gemeinderatsprotokoll, 1919–1929, StA Schiltach, Abs-176.
- 33 Peter Brandt/Reinhard Rürup 1980, S. 26.
- 34 StA Schiltach, AS-1886.
- 35 Ebd.
- 36 Vgl. Brandt, Peter/Rürup, Reinhard 1980, S. 13; ebenso: Schmidgall, Markus 2012, S. 3
- 37 Vgl. Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, insb. S. 46–74.
- 38 StA Schiltach, AS-1886.
- 39 Ebd.
- 40 Vgl. Brandt, Peter/Rürup, Reinhard 1980, S. 114f.
- 41 Am 26.9.1919 gab es noch 79 lokale Räte in Baden, vgl. Schmidgall, Markus 2012, S. 285.
- 42 StA Schiltach, AS-2126.
- 43 Es folgten die Deutsche Demokratische Partei, die rechtskonservativen Deutschnationalen und mit ca. fünf Prozent die katholische Zentrumspartei. Der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) gelang kein Erfolg. Vgl. StA Schiltach, AS-2086.
- 44 StA Schiltach, AL-76.
- 45 StA Schiltach, AS-1884.
- 46 StA Schiltach, AS-1924.
- 47 Vgl. Brandt, Peter/Rürup, Reinhard 1980, S. 13.